

Kirchen und anderen landeskundigen Nichtregierungsorganisationen bei den vom BMZ erstellten „Länderkonzepten“, in denen die Kernprobleme, Entwicklungspotentiale und Rahmenbedingungen analysiert, schließlich konkrete Ziele und Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit abgeleitet würden. Als weiteres Beispiel nennt der Bericht die Beteiligung kirchlicher Hilfswerke bei der Vorbereitung internationaler Konferenzen; bei verschiedenen UN-Konferenzen der letzten Jahre hätten kirchliche Hilfswerke entweder mit eigenen Positionen zur Meinungsbildung beigetragen oder seien Teil der deutschen Regierungsdelegation gewesen.

In den getrennt von BMZ auf der einen und KZE und EZE auf der anderen Seite formulierten Wünschen an die künftige Zusammenarbeit betont das BMZ die Notwendigkeit, der Entwicklungshilfe und -politik einen Stellenwert zu verschaffen, der ihrer Bedeutung als „globaler Zukunftsaufgabe“ entspreche. Dabei hoffen die Autoren des Entwicklungsministeriums besonders auch auf die von den Kirchen betriebene, bewußtseinsfördernde „Inlandsarbeit“.

Von seiten der Zentralstelle schickt man dem Dringlichkeitskatalog voraus, man habe in den vergangenen 35 Jahren lernen müssen, in großen Zeiträumen zu denken und zu handeln, die Hoffnung auf schnell erreichbaren Fortschritt habe sich zerschlagen. Ebenso hätten sich die Hoffnungen, die an das Ende des Ost-West-Konfliktes geknüpft waren, nicht erfüllt. Eine „Friedensdividende“ beispielsweise oder die endgültige Befreiung der Entwicklungszusammenarbeit von ideologischen Verzerrungen gebe es nicht. Hoffnungsvoll stimmt die Kirchen dagegen der große Demokratisierungsschub vor allem in den Ländern Afrikas.

Für die künftige Zusammenarbeit mit der Bundesregierung nennen die Zentralstellen konkret eine weitere Förderung und Aufwertung des Stellenwertes der Partnerorganisationen, die stärkere Beeinflussung der multilateralen

Entwicklungspolitik, etwa in der Einwirkung auf die immer bestimmender werdende Weltbank, und den Einsatz für eine kohärente Entwicklungspolitik. Vor allem aber betonen auch die Autoren der kirchlichen Zentralstellen: „Die Steigerung der Akzeptanz der Entwicklungszusammenarbeit in

der Gesellschaft muß ein gemeinsames Ziel aller werden, die die weltweiten Risiken für die Zukunft der Menschheit erkannt haben. Die Wahrnehmung der weltpolitischen Verantwortung Deutschlands darf nicht reduziert werden – nicht zuletzt in unserem eigenen Interesse.“ A. F.

## Lateinamerika: Konferenz zur Menschenrechts-Pastoral

*Vom 27. bis 31. August fand in Lima das zweite lateinamerikanische Treffen zur Pastoral der Menschenrechte statt. An dem Kongreß teilgenommen hat auch der Leiter des Referates Weltkirche der Erzdiözese Freiburg, Domkapitular Wolfgang Sauer, Autor des folgenden Beitrages.*

Weitgehend unbeobachtet von der kirchlichen Öffentlichkeit, auch der in Lateinamerika selbst, fand im August das zweite lateinamerikanische Treffen zur Pastoral der Menschenrechte statt. Wie schon bei der ersten Begegnung im Februar 1994 war Lima Veranstaltungsort, wobei sich die Unterkommission „Sozialpastoral“ (DEPAS, Departamento de Pastoral Social) des lateinamerikanischen Bischofsrates (CELAM) und die Sozialkommission der peruanischen Bischofskonferenz (CEAS, Comisión Episcopal de Acción Social) Vorbereitung und Durchführung teilten.

### Die persönliche Verantwortung jedes Christen

Beide Kongresse, Lima 94 und Lima 97, verstanden sich als konkretisierende Folgeveranstaltungen der 4. Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe in Santo Domingo (1992), die den nationalen Bischofskonferenzen in ihrem Schlußdokument zur Aufgabe gestellt hatte: „Den Menschenrechten soll in verstärktem Maß Geltung verschafft werden, und zwar auf der Basis des Evangeliums und der Soziallehre der Kirche. Dies

muß sich ereignen im Wort, in der Tat und der Zusammenarbeit, in entschiedener Verteidigung der individuellen und sozialen Rechte einzelner Menschen, der Völker und Kulturen und der marginalisierten Bereiche, ebenso für alle, die keinen Schutz genießen oder im Gefängnis leben müssen.“ (Nr. 168)

Alle Länder Lateinamerikas, mit Ausnahme Argentiniens, sowie der spanischsprachigen Karibik hatten Delegationen entsandt. Im Vorlauf der Zusammenkunft war eine Umfrage durchgeführt worden, in der sich die einzelnen Länder zu folgenden Fragen äußern sollten: „Gibt es Programme zur Menschenrechtserziehung? Welches sind die Ansatzpunkte und die Perspektiven der Menschenrechtsarbeit? Hat es bereits Evaluierungen gegeben, und welches waren die Ergebnisse? Welche Reaktionen gab es seitens der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei Menschenrechtstagungen? Welches sind die bedeutsamsten Fortschritte? In welchem Umfang ist Menschenrechtsarbeit Bestandteil der Sozialpastoral? Welche biblisch-theologischen Grundlagen sind für die Menschenrechtserziehung vorgegeben? Welches sind die zentralen Aktionslinien? Liegen spezielle Materia-

lien vor? Kommt es zur Koordination mit anderen kirchlichen oder zivilen Institutionen? Würden Sie sich eine speziellere Unterstützung seitens DE-PAS-CELAM wünschen? Wenn ja, welche Inhalte sollte eine solche zusätzliche Unterstützung kennzeichnen?“

Eröffnet wurde der Kongreß durch den Erzbischof von Lima, Kardinal *Augusto Vargas Alzamora*, mit einem klaren Plädoyer für die Menschenrechtspastoral sowie einem Grußwort des Präsidenten des Päpstlichen Rates *Justitia et Pax*, Kardinal *Roger Etchegaray*. Letzterer hatte schon im Juni 1996 in einem vielbeachteten Referat zur Sozialpastoral (*The Tablet*, 29.6.1996) einen unmittelbaren und unaufgebbaren Zusammenhang zwischen den zentralen Herausforderungen internationaler Solidarität und dem *Jahrtausendjubiläum* hergestellt. Befürchtungen europäischer Kommentatoren, die bisweilen eine Kluft zwischen der kirchlichen Hierarchie und der vielzitierten Basis ausmachen wollen, sind zumindest beim Thema Sozialpastoral unbegründet.

Als offizieller Vertreter des Päpstlichen Rates *Justitia et Pax* gab *Giorgio Filibeck* einen Überblick über die „Rechte der menschlichen Person im Licht des Zweiten Vatikanums und in der Perspektive der Enzyklika *Tertio Millennio Adveniente*“: Die Würde der menschlichen Person sei grundgelegt in ihrer Gottesebenbildlichkeit und bilde somit die zentrale Voraussetzung für jegliches Menschenrechtsverständnis. Damit stelle die Verteidigung und Förderung der Menschenrechte einen integrierenden Bestandteil des kirchlichen Handelns dar. Die menschliche Person müsse in jedem System oder politischen Programm absolute Priorität besitzen, und eben die Beachtung dieser Maxime sei das Kriterium, nach dem die Legitimität jeglicher Macht zu beurteilen sei. In der Anerkennung der Menschenrechte müßten jedoch ebenso die entsprechenden Pflichten des einzelnen in den Blick kommen.

Filibeck folgerte: In dem Maß, in dem

die verschiedenen Aspekte der Menschenrechte ihre volle Beachtung finden, ergeben sich die Bedingungen für einen authentischen Fortschritt und einen beständigen Frieden. Einen besonderen Maßstab für den Fortschritt einer Gesellschaft stelle die Beachtung der *Religionsfreiheit* dar. Ausdrücklich unterstrich er die Verpflichtung der Kirche, ihrem Auftrag treu zu bleiben: „Den Opfern mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln helfen, die Leiden in solidarischer Präsenz mittragen, die Versuchung der Hoffnungslosigkeit abwenden, weil diese die Menschen zur Gewalt verführt.“ Es komme darauf an, in Zusammenarbeit mit den anderen christlichen Konfessionen und nichtchristlichen Religionen, mit allen Menschen guten Willens auf eine Weiterentwicklung der Menschenrechte hinzuwirken.

---

### Aus der konkreten Erfahrung von Leid

---

Entscheidend sei, daß die Christen ihre je persönliche Verantwortung in dieser „kreuzvollen“ Dimension kirchlicher Mission übernehmen. Die Zusammenarbeit von entsprechenden *Methodologien* sei das Gebot der Stunde. In der Diskussion warnte Filibeck zugleich davor, die konkrete Liste der Menschenrechte unbegrenzt auszuweiten. Die Kraft der allgemeinen Menschenrechtsidee komme nicht aus der Vielzahl ihrer Artikel, sondern aus der Einsicht in die wesentlichen Grundlagen.

Im zweiten Hauptreferat des Kongresses widmete sich der uruguayische Jesuit *Luis Pérez Aguirre* der *Menschenrechtserziehung*. Seine Ausführungen erhielten besonderes Gewicht durch die Tatsache, daß Pérez Aguirre in der Zeit der Diktatur mehrere Inhaftierungen über sich ergehen und qualvolle Folterungen ertragen mußte; nach dem Fall der Diktatur begegnete er persönlich seinen früheren Folterern.

Den zentralen Ansatzpunkt im Gedankengang Pérez Aguirres, der mittler-

weile auch als Berater der UNO fungiert, bildete das „Menschenrecht, geliebt zu werden“. Seine Methodologie zur Menschenrechtserziehung kommt „von unten“, aus der konkreten Erfahrung des Leids, aus dem Schrei („Ay!“) des Unterdrückten. Nicht die theoretische Reflexion, sondern die Empathie („*compasión*“) ist der Ausgangspunkt der Menschenrechtserziehung.

Die grundlegende Frage lautet für Aguirre: „Wie die Erzieher der Menschenrechte erziehen?“ In der Entfaltung des ursprünglichen Wortsinns von „*educatio*“ und „*educere*“ betonte er: Notwendig müsse sich die Einsicht in das Wesen der Menschenrechte für den Erzieher wie den „Schüler der Menschenrechte“ in gleicher Weise aus der persönlichen *Wahrnehmung von Liebe und Verletztheit*, von Sensibilität und Verringerung des Abstands von Sprechen und Handeln „entwickeln“. Um in Menschenrechten zu erziehen, sei es unabdingbar, den Ort des Opfers einzunehmen.

Der CELAM-Menschenrechtskongreß in Lima ließ den intensiven „*compromiso*“, die Selbstverpflichtung und den Einsatz der katholischen Kirche in Lateinamerika für die Sensibilisierung in Sachen „Menschenrechte“ erkennen. Durch das aufopfernde Engagement einzelner, wie etwa des kolumbianischen Priesters und CELAM-Sekretärs, *Leonidas Ortiz*, oder von *Laura Vargas*, der Exekutivsekretärin von CEAS Peru, sowie vieler anderer Laien und Priester in den Solidaritätsvikariaten oder „*departamentos de pastoral social*“, hat sich seit Santo Domingo eine konsequente Fortentwicklung des Themas und der pastoralen Maßnahmen in den einzelnen Bischofskonferenzen ergeben, wobei der jeweils unterschiedliche Organisationsgrad und die wirtschaftliche Situation der jeweiligen Ortskirche deutlich erkennbar bleibt.

Chile etwa „profitiert“ von seiner langjährigen Erfahrung mit den Solidaritätsvikariaten zur Zeit der Pinochet-Diktatur, gleichzeitig auch von seiner derzeitigen relativen Prosperität. Durchgängig ist von Mexiko bis

Bolivien, Haiti bis Ecuador zu erkennen, daß besonders die volksnahe Umsetzung („versiones populares“) der einschlägigen Dokumente mit Phantasie und viel Nähe zur Basis verfolgt wird.

Die jeweilige politische und gesellschaftliche Lage in den einzelnen Ländern gibt derzeit wieder verstärkt Anlaß zu großer Sorge. Die politische und soziale Stabilität der fast überall eingeführten Demokratien ist mehr als zerbrechlich. Die zunehmende Verarmung breiter Bevölkerungsschichten in Folge der fast durchgängig praktizierten neoliberalen Wirtschaftspolitik stellt eine Zeitbombe dar, bei deren Explosion die zum Teil noch zaghaften Versuche der kirchlichen Sozialpastoral absolut überfordert wären.

Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, daß beispielsweise der ständige Rat der peruanischen Bischofskonferenz sich in seiner letzten Sitzung im Oktober 1997 mit einem Dokument an die Öffentlichkeit wandte, das in seiner kritischen Analyse des bestehenden Systems nicht hinter dem Berg hält („Un Nuevo Perú: Don de Dios y Tarea de todos“).

Grundsätzlich zeigte sich, daß die Menschenrechte selbst erzogen werden müssen, indem sie von einer nur immanenten Engführung und humani-

stischen Reduktion befreit und auf ihre ursprüngliche Grundlage gestellt werden: Die Würde des Menschen und seine Rechte entstammen seiner Gottes Ebenbildlichkeit. Wo diese biblische Grundeinsicht in säkularisierter Neudefinition verdunstet, sind Behinderte und Alte, „Einfache“ und Unproduktive schnell um ihr Menschen- und Lebensrecht gebracht.

In der Schlußdeklaration des Treffens von Lima bekennen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu folgenden Schlußfolgerungen bzw. Handlungsschritten: Festgestellt wird, daß die „Gewissensbildung“ der Kirche zum Thema Menschenrechte zugenommen hat. Die fortbestehenden Menschenrechtsverletzungen forderten die Christen zu einem glaubwürdigen Zeugnis heraus. Bewaffnete Konflikte, Übergriffe durch die Streitkräfte, Vertreibungen und *willkürliche Verhaftungen* werden angeprangert. Eigens hingewiesen wird auf *Korruption* und Verletzung der Bürgerrechte durch Verzögerungstaktiken der Administration und Justiz. Übertriebene *Militär- und Polizeipräsenz* riefen ein Klima von Angst und Gewalt hervor. Rassismus, „machismo“ und die notorische Mißhandlung von Frauen kennzeichneten die lateinamerikanischen Kulturen ebenso wie der *Drogenhan-*

*del* und die neuen Waffenlieferungen, begünstigt durch die Politik der USA. Mit Sorge weist die Schlußdeklaration auch auf die *Abschiebung* zahlloser Latinos aus den Vereinigten Staaten hin, mit den bekannten Konsequenzen für Familien und Individuen. Das vorherrschende Konzept des Neoliberalismus wird in seinen menschenrechtsgefährdenden Implikationen entlarvt, ebenso werden die fatalen Konsequenzen der von Internationalen Währungsfonds und Weltbank auferlegten Konditionen in der Bedienung der Auslandsschulden angeklagt.

Vor diesem Hintergrund verpflichteten sich die Vertreter der jeweiligen Ortskirchen, in der Menschenrechtsarbeit nicht nachzulassen und das Gewissen der einzelnen und der Gesellschaften durch spezielle Programme weiter zu schärfen. Man wolle gegen die Indifferenz ankämpfen, die immer wieder die Sinne einzuschläfern droht und den Schrei der Völker nicht mehr hören will. Nicht ohne Grund schließt die Erklärung mit einem Appell an die Bischöfe, die Sozialpastoral und die Menschenrechtserziehung zum festen Bestandteil der jeweiligen Diözesanpastoral zu machen. Dies ist zwar in vielen, aber leider längst nicht allen Diözesen Lateinamerikas (und nicht nur dort) Realität. W. S.

# Einheit der Gegensätze

## Polens neue Regierungskoalition

*Aus den Parlamentswahlen vom 21. September in Polen ging eine Koalitionsregierung von „Wahlaktion Solidarität“ und „Freiheitsunion“ unter dem protestantischen Ministerpräsidenten Jerzy Buzek hervor. Die katholische Kirche könnte jetzt dazu beitragen, die katholisch-traditionalistischen Kräfte innerhalb der Wahlaktion zu zähmen und so die Fortführung des Reformprozesses in Polen zu fördern.*

Am 31. Oktober stellte der designierte polnische Ministerpräsident Jerzy Buzek, ein evangelischer Christ aus dem Teschener Schlesien, dem Präsidenten Aleksander Kwaśniewski, einem Agnostiker, das neue Kabinett vor, dem 16 Mitglieder aus den Reihen der Wahlaktion Solidarność (AWS)

und sechs Mitglieder aus der Freiheitsunion (UW) angehören. Mitglieder des polnischen Episkopats, insbesondere sein Sekretär, Bischof Tadeusz Pieronek, begleiteten die sich abzeichnende AWS-UW-Koalition und die Nominierung eines nicht-katholischen Premiers mit wohlwollen-